

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 07.03.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus,
Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Vorsitzende:

Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Klaus Hopfgarten	SPD
Herr A. Schachtschneider	CDU
Frau Heike Wießner	CDU
Frau Ute Haupt	DIE LINKE
Herr René Trömel	DIE LINKE.
Frau Katja Raab	FDP

stimmberechtigte Mitglieder (Freie Träger)

Herr Uwe Kramer
Frau Helga Schubert
Herr Leonhard Dölle
Frau Beate Gellert
Frau Kerstin Masur
Frau Sylvia Plättner

Beratende Mitglieder

Herr KR Ralf Berger	Polizei Halle
Frau Renate Leonhard	Katholisches Propsteipfarramt
Herr Dr. Hendrik Kluge	Evang. Kirchenkreis
Herr Rene Moses	Humanist. RV
Frau Rohmer	i.V. Jobcenter
Frau Katharina Brederlow	amt.FB-leiterin
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Frau Schneutzer	Beauftragte für Migration und Integration
Herr Petrick	Kinder- und Jugendbeauftragter

Entschuldigt fehlen:

Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stimmberechtigte Mitglieder (Freie Träger)

Frau Antje Klotsch

Beratende Mitglieder

Herr Kevin Klose	Kinder- und Jugendrat
Frau Anja Pohl	Stadtelternbeirat
Frau Tatjana Privorozkaja	Jüdische Gemeinde
Frau Ilona Hackel	Arbeitsagentur
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungs- beauftragte
Frau Carola Messerschmidt	LVA, Abt. Schule und Kultur
Frau Carmen Wiebach	Jobcenter
Herr Richter Bruno Glomski	Amtsgericht

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief die Kinder- und Jugendsprechstunde auf.
Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren, beendete sie sofort die Sprechstunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, stellte zur Tagesordnung fest:

1. dass TOP 7.1. abgesetzt wird. Das Mitglied der Fraktion ist entschuldigt und die Fraktion hatte gebeten, dies auf die nächste Sitzung zu setzen.
2. TOP 7.4 hier ist keine Zuständigkeit des Ausschusses gegeben, hierzu gab es eine Rücksprache zwischen Antragsteller und ihr.
3. TOP 3.2 wird abgesetzt, da die Niederschrift vom 07.02. erst jetzt vorliegt. Diese wird zur nächsten Sitzung behandelt.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, fragte an, ob es weitere Änderungswünsche gibt.
Dies war nicht der Fall. Sie fragte an, ob es Zustimmung zur geänderten Tagesordnung gibt.
Der geänderten Tagesordnung wurde ohne Ablehnung zugestimmt.

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 10.01.2013
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Vorstellung des Ausländerbeirates
- 6. Beschlussvorlagen
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten und stimmberechtigten Mitgliedern (Freie Träger)
- 7.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung
Vorlage: V/2013/11368 **von TO abgesetzt /vertagt**
- 7.2. Antrag Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) im Jugendhilfeausschuss auf zeitnahe Bescheidung - bis spätestens 31.12. des Antragjahres
Vorlage: V/2013/11414
- 7.3. Antrag Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) im Jugendhilfeausschuss auf Verwendungsnachweisprüfung Kita bis spätestens 18 Monate nach Abgabe
Vorlage: V/2013/11415
- 7.4. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2012/11276 **von TO abgesetzt – JHA nicht zuständig**
- 8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9. Mitteilungen
- 9.1. Abschlussbericht zu Hilfen zur Erziehung (HzE) und Auswertung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesstätten
- 9.2. Verwaltungsbericht des Geschäftsbereiches IV für das Jahr 2011
Vorlage: V/2013/11357
- 9.3. Mitteilung zum Beschluss der Jugendministerkonferenz zu Hilfen zur Erziehung (HzE)

10. Themenspeicher
11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
12. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 10.01.2013

Der Niederschrift vom 10.01.2013 wurde ohne Änderungen zugestimmt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, gab den Beschluss aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 07.02.2013 bekannt:

„Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die Anmietung von Räumen für soziale Dienste, Außenstelle für das bisherige Ressort Mitte/Nord/Ost, des Fachbereiches Bildung in der Freimfelder Str.103/104. Der voraussichtliche Mietbeginn ist der 01.07.2013.“

zu 5 Vorstellung des Ausländerbeirates

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, begrüßt Herrn Dr. Tarek, Vorsitzender des Ausländerbeirates.

Herr Dr. Tarek stellte sich und zwei weitere Mitglieder des Ausländerbeirates vor. Er ist Ägypter und arbeitet in einem Projekt des Kinder- und Jugendhaus e.V. mit. Der Ausländerbeirat besteht aus 7 Mitgliedern und wurde im Jahr 2012 neu gewählt. Er stellte die Aufgaben und Ziele des Ausländerbeirates vor. Es gab ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister. Er sprach an, dass die Satzung des Ausländerbeirates überarbeitet werden soll. Die finanziellen Mittel stehen nicht mehr im bisherigen Maß zur Verfügung.

Anfrage Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), wie kann der Jugendhilfeausschuss unterstützend bei der Integration von ausländischen Mitbürgern helfen?

Herr Dr. Tarek antwortete, dass das im Kinder- und Jugendhaus stattfindende Projekt diesen Hintergrund hat, wo er unterstützend schon mithilft, dass eine bessere Integration erfolgen kann.

Anfrage Frau Raab, FDP-Fraktion, was die Gründe für eine Mittelkürzung sind?

Antwort Herr Dr. Tarek, das es um die Satzung des Ausländerbeirates geht, wo ein Punkt geändert werden soll.

Anfrage Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, wie damit umgegangen wird, wenn die Wahl des Ausländerbeirates erfolgte, aber die Satzung nicht gültig sein soll?

Frau Schneutzer, Beratendes Mitglied (Beauftragte für Migration und Integration) antwortete, dass es die Vereinbarung zur Überarbeitung gibt. Es gab irrtümlich die Ansicht, dass die Satzung des Ausländerbeirates der Gemeindeordnung unterliegt, dem ist nicht so. Die Satzung wird durch den Ausländerbeirat überarbeitet und dem Oberbürgermeister nochmals vorgelegt.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, bat dann um eine aktuelle Information zum Stand dazu.

Frau Schneutzer, Beratendes Mitglied (Beauftragte für Migration und Integration) sprach an, dass Dr. Tarek die Fraktionen zum Stand dann informieren wird.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, dankte Herrn Dr. Tarek für seine kurzen Ausführungen und wünschte dem Ausländerbeirat viel Erfolg bei seiner Arbeit.

zu 6 **Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 7 **Anträge von Fraktionen und Stadträten und stimmberechtigten Mitgliedern (Freie Träger)**

TOP 7.1 von Tagesordnung abgesetzt

zu 7.2 **Antrag Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) im Jugendhilfeausschuss auf zeitnahe Bescheidung - bis spätestens 31.12. des Antragjahres** **Vorlage: V/2013/11414**

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass sie als Antragstellerin begründet hat, worum es ihr geht und das liegt allen Mitgliedern vor.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung) sprach an, dass der Antrag auf Zuschüsse im Oktober gestellt wird. Es kann nicht erwartet werden, dass die Bescheide im Dezember rausgehen, wenn noch kein beschlossener Haushalt vorliegt. Jetzt geht es um die aktuelle Situation bis zum Jahr 2015, dann wird es ein neues Verfahren geben. Das Rechtsamt schätzt ein, dass der Antrag unzulässig ist, da für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung nach § 63 GO LSA der Oberbürgermeister zuständig ist, der auch die innere Organisation der Verwaltung in eigener Zuständigkeit regelt. Sie wies darauf hin, dass die Verwaltung den Trägern eine Finanzierungszusage vorab der Erteilung eines Bescheides gemacht hat, die ohne Rechtsgrundlage ist. Es ist nicht so, dass die Verwaltung nicht bemüht ist, den Trägern auch ohne genehmigten Haushalt zumindest eine Handhabung zu geben. Die Verwaltung ist

bemüht, die Verwendungsnachweisprüfung Kita voran zu bringen, was nur mit zusätzlichem Personal möglich ist.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, fragte an, wie das Rechtsamt zu der Aussage kommt, dass dieser Antrag unzulässig sei. Es liegt im Interesse der freien Träger aber auch der Verwaltung mit der Verwendungsnachweisprüfung in dem Bereich vorwärts zu kommen. Evtl. sind hier noch Haushaltsmittel, welche auch zurück gefordert werden können.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales), sprach an, dass die Verwaltung heute die Stellungnahme zum Antrag noch nicht vorgelegt hat, da dies noch in der Prüfung beim Rechtsamt vorliegt.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, vertagte den Antrag, bis die Stellungnahme des Rechtsamtes dazu vorliegt. Dann wird hierzu neu diskutiert.

**zu 7.3 Antrag Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) im Jugendhilfeausschuss auf Verwendungsnachweisprüfung Kita bis spätestens 18 Monate nach Abgabe
Vorlage: V/2013/11415**

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach an, dass die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag von Frau Gellert allen Mitgliedern vorliegt. Sie erteilte der Antragstellerin das Wort.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass eine zeitnahe Prüfung der Verwendungsnachweise erfolgen muss. Zum Einen müssen die Träger jedes Mal dem Finanzamt erklären, warum dieser Posten immer noch nicht angegeben werden kann und zum Anderen geht ja evtl. der Stadt dadurch auch Geld verloren. Deshalb soll dies bis spätestens 18 Monate nach Abgabe der Anträge erfolgen. Sie wäre damit einverstanden, dass dies ab dem Jahr 2014 umgesetzt wird, wenn dies nicht gleich erfolgen kann.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung), sprach an, dass jetzt das Jahr 2008 in der Verwendungsnachweisprüfung abgeschlossen ist. Es gab ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister und die Zusage, dass Mitarbeiter aus der Stadtverwaltung in einem Projekt die Verwendungsnachweisprüfungen vornehmen sollen, damit hier voran gekommen wird.

Frau Schöps, Abteilungsleiterin FB Bildung, sprach an, dass die Verwaltung bemüht ist, die Verwendungsnachweisprüfung zügig abzuarbeiten. Für das Jahr 2014 läuft nochmals die Verwendungsnachweisprüfung. Die Prüfung kann nicht innerhalb der verlangten 18 Monate festgeschrieben werden, da dies personell nicht zu leisten ist. Der Fachbereich bemüht sich, die Prüfung der Verwendungsnachweise ordnungsgemäß und zeitnah vorzunehmen. Eine Prüfung innerhalb von 18 Monaten, die hier verlangt wird, sieht der Gesetzgeber nicht vor. Die Priorität zur Prüfung wird gesehen und auch stringent daran gearbeitet.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, sprach an, dass seine Fraktion den Antrag von Frau Gellert unterstützt. Jetzt gab es die Aussage, dass die Verwendungsnachweisprüfung gerade mal für 2008 abgeschlossen ist. Es wird verstanden, wenn die Verwaltung nicht ausreichend Personal zur Prüfung zur Verfügung hat, dann muss dafür gesorgt werden, dass dafür das Personal zur Verfügung steht. Auch wenn die Prüfung innerhalb von 18 Monaten durch kein Gesetz festgeschrieben ist, so kann dies dennoch hier im Jugendhilfeausschuss beschlossen werden.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung), sprach an, dass es noch offene Verwendungsnachweise für die Zeit vor dem Jahr 2008 gibt. Wenn eine Beschlussfassung heute dazu erfolgt, dann sollte konkret gesagt werden, ab wann dies gelten soll. Auch wenn in der Verwaltung Stellen intern ausgeschrieben werden, dann sind diese nicht zwingend für diesen Bereich. Dann sollte dies im Hauptausschuss angefragt werden.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., sprach an, dass er beide Seiten verstehen kann. Es müssen auch die Verjährungsfristen beachtet werden, damit der Stadt keine Finanzmittel verloren gehen, die diese evtl. zurück fordern könnte, wenn die Nachweisprüfung dies anzeigt. Für die freien Träger bedeutet der jetzige Zustand viel Unsicherheit. Die verlangten 18 Monate sollten für die neu eingereichten Anträge gelten, also ab 2012. Innerhalb dieser 18 Monate sollte die Prüfung erfolgen können.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales), sprach an, dass durch die Fachbereichsleiterin mehrfach Personal abgefordert worden war und jetzt durch den Oberbürgermeister hierzu reagiert wird. Es soll eine Arbeitsgruppe gegründet werden, damit dies abgerechnet werden kann. Die Verwaltung ist bemüht, das Problem in den Griff zu bekommen. Innerhalb der letzten Jahre haben sich hierzu auch Rahmenbedingungen verändert, die Prüfungsvoraussetzungen sind nicht einfach. Die Verwaltung ist bemüht, dies schnell und zeitnah zu bearbeiten.

Frau Raab, FDP-Fraktion, versteht den Antrag so, dass bis spätestens 18 Monate nach Einreichung des Antrages die Verwendungsnachweisprüfung erfolgt. Für beide Seiten – Verwaltung wie Freie Träger – sollte hier zwingend reagiert werden. Dem Antrag würde sie zustimmen, die Personalprobleme sind benannt worden.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung), sprach an, dass die Problematik oft thematisiert wurde. Die Verwendungsnachweisprüfung wurde jetzt für 2008 abgeschlossen, mit der Richtlinie gibt es klare Regelungen. Es gibt einen Bericht des Rechnungsprüfungshofes. Da ist einiges nicht gemacht worden und dazu wird es Gespräche geben.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, sprach an, dass sich die Verwaltung bei Beschluss zu diesem Antrag zeitlich bindet. Dann muss auch das Personal durch die Verwaltung hierzu abgestimmt werden.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass der Rechnungsprüfungshof genau prüft. Rückforderungen können nur erfolgen, wenn noch keine Verjährungsfristen eingetreten sind. Sie erklärte sich damit einverstanden, ihren Antrag zu vervollständigen, dass dies ab 2012 gilt.

Frau Plättner, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass ab 2012 besonders wichtig ist. Auch wegen dem Eigenanteil von 5%. Sie bat darum, dass bei Einreichung der Anträge durch die Verwaltung diese gleich auf Vollständigkeit geprüft werden und die Träger informiert werden sollen, wenn evtl. noch etwas unvollständig ist.

Antwort Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung), dass die Verwaltung nach Eingang der Anträge schon immer schaut, ob alles vorliegt und sich dann mit dem Träger in Verbindung setzt.

Herr Dr. Kluge, Beratendes Mitglied (Evang. Kirchenkreis), sprach an, dass die schnelle Prüfung auch im Interesse der Verwaltung sein sollte, da die Zahlen ja auch in das nächste Jahr einfließen.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, stellte fest, dass die Diskussion beendet ist und der vorliegende Antrag ergänzt wird und verlas den geänderten Beschlussvorschlag und rief zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Geänderter Beschluss: „Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass die Verwendungsnachweisprüfung für die Gewährung von Zuschüssen zum laufenden Betrieb von Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft (Fehlbedarfsfinanzierung) bis spätestens 18 Monate nach Abgabe des **vollständigen** Verwendungsnachweises erfolgt, **das gilt für die vollständigen Verwendungsnachweise ab 2012.**

**zu 7.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2012/11276**

Der Jugendhilfeausschuss ist nicht zuständig.

Dies wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

zu 8 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 9 Mitteilungen

Frau Schöps, Abteilungsleiterin FB Bildung, teilte mit, dass noch Jugendschöffen gesucht werden, die Bewerbungsfrist endet am 30.04.2013. Ansprechpartner im Fachbereich Bildung ist Herr Sattler. Auf der Homepage der Stadt Halle ist die Werbung mit allen Unterlagen dazu abrufbar. Der Jugendhilfeausschuss wird um Unterstützung bei der Werbung für das Ehrenamt des Jugendschöffen gebeten.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach dazu gleich an, dass auf Grund der Fristenwahrung zwingend eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses stattfinden muss, bei welcher die Jugendschöffen gewählt werden müssen. **Als Termin für die Sondersitzung wurde Donnerstag, der 23. Mai 2013 ab 16.00 Uhr festgelegt.** Der Sitzungsort wird noch bekannt gegeben. Die Vorschlagslisten für die Jugendschöffen gehen dann mit der Einladung zu.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung), verwies nochmals auf die ausgelegte Mitteilung zur Situation im Bereich Mitte-Nord-Ost.

zu 9.1 Abschlussbericht zu Hilfen zur Erziehung (HzE) und Auswertung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesstätten

Frau Schöps, Abteilungsleiterin FB Bildung, hielt anhand einer Präsentation den Abschlussbericht zu den Hilfen zur Erziehung (HzE) 2012. Sie verwies auf eine relative Stabilität der Fallzahlen. 28% sind Familienersetzende, 43% Familienunterstützende und 29% Familienergänzende Hilfen gewesen. Bei den Pflegefamilien ist eine Stabilität, die Gewinnung von Pflegefamilien ist nach wie vor ein Problem, das Niveau ist hier gut. Zum § 35a gab es im Dezember 2012 86 Fälle. Eine hohe Intensität ist bei den Eingliederungshilfen zu sehen. Vermehrt muss eine Schul- und Hortbegleitung erfolgen, d.h. 5 Tage die Woche erfolgt diese Begleitung, diese Fälle nehmen zu. Auszahlungen insgesamt in 2012: 32.972.448 Euro. Es gibt Controllingverfahren. Es wird fachlich inhaltlich immer wieder auf die Fälle geschaut. Das Bundeskinderschutzgesetz hat sich ausgewirkt, es wird vermehrt geschaut und Fälle angezeigt.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales), sprach an, dass der Armutsbericht mit seinen Zahlen bekannt ist. Die Mitarbeiter wurden geschult, um beim Kindeswohl, Kinderschutz noch genauer hinzuschauen. Der Anstieg im HzE-Bereich hat auch damit zu tun, dass seit Bestehen des Bundeskinderschutzgesetzes Mitarbeiter ihre Möglichkeiten ausschöpfen und frühe Hilfen greifen. Einerseits gibt es die geschlossenen Unterbringungen, welche nicht im Land Sachsen-Anhalt vorgehalten werden sondern auf Angebote in anderen Bundesländern zurück gegriffen werden muss. Oftmals gelten Jugendliche als „austherapiert“, so dass per Gerichtsbeschluss nach geschlossenen Unterbringungen gesucht werden muss. Hier ist ein entsprechender Preis zu zahlen, die hohe Nachfrage regelt die Preise.

Bei den Fallzahlen bspw. im Bereich seelischer Behinderungen war im II. Quartal ein Rückgang zu verzeichnen und im III. Quartal wieder ein Anstieg. Die Schwankungen sind nicht klar definierbar.

Anfrage Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, wie weiter verfahren wird. Es gibt die zwei Varianten niedrigschwellige Hilfe und dann höher, soll es noch eine 3. Variante geben?

Antwort Frau Schöps, Abteilungsleiterin FB Bildung, nein, keine 3. Variante. Es muss über einen längeren Zeitraum geschaut werden, was passiert. Welche Wirkungen erreichen wir? Das muss länger angeschaut werden.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung) sprach an, dass bereits durch Herrn Kogge auf die Auswirkungen des Bundeskinderschutzgesetzes hingewiesen worden ist. Es gab hier bundesweit Ereignisse, die auch durch die Presse gingen und wo reagiert werden musste. Das hat auch dazu geführt, dass dieses Gesetz in Kraft getreten ist und Fachkräfte entsprechend ausgebildet wurden und dadurch werden auch Probleme schneller erfasst, mitgeteilt und dazu reagiert. Die Angebote freier Träger werden hierzu auch immer wieder angeschaut, inwieweit diese weiter angenommen werden oder verändert werden müssen oder ob andere Träger gesucht werden müssen.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass die Intensität der Fälle zunehmend ist. Kinder und Familien kommen oft nicht mehr klar, dies ist ein gesellschaftspolitisches Problem.

Frau Plättner, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass hier das Alter der Kinder interessant ist. Die Kinder werden immer jünger, die in Hilfen zur Erziehung gehen, da sonst für diese alles zu spät wäre. Es ist ein guter Ansatz, so zeitig wie möglich zu reagieren, um die Entwicklung beeinflussen zu können.

Anfrage Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., ob es eine Statistik gibt, wo nachvollziehbar ist, wie viel Fälle hier mit Inkrafttreten des Bunderkinderschutzgesetzes dazu gekommen sind.

Antwort Frau Schöps, Abteilungsleiterin FB Bildung, dass in der Darstellung hierzu auch nochmal eine andere Form gefunden werden kann, um das anzuschauen.

Anfrage Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), welche Strategie der Fachbereich zur Gewinnung von Pflegefamilien fährt.

Antwort Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung), dass dieses Thema jedes Jahr wiederkehrend ist. Es gibt Pflegefamilien, die das seit vielen Jahren machen und irgendwann dann auch mal „aussteigen“. Es wäre günstig, Pflegefamilien zu finden, die eine pädagogische oder sozialpädagogische Ausbildung haben. Es gab auch Fälle, wo Pflegefamilien die Erlaubnis entzogen werden musste. Wir sind auch dazu übergegangen, nach Pflegefamilien auswärts zu suchen. Die grenznahen Bundesländer schauen gern auch in ostdeutschen Städten nach Unterbringungen. Es ist ein „Kampf“ um Pflegefamilien entbrannt. Strategien zu ändern ist schwierig. Werbeaktionen haben für einen kurzen Zeitraum Wirkung gezeigt, die ist dann aber auch schnell weg. Auch über „Bonusleistungen“ wurde schon nachgedacht. Dies ist aber eine freiwillige Leistung. Das muss dann auch mal im Jugendhilfeausschuss thematisiert werden.

Frau Heder, Abteilungsleiterin FB Bildung, sprach an, dass über Werbeaktionen und Annoncen immer mal wieder nach Pflegeeltern gesucht wird. Die Geeignetheit von Interessenten muss geprüft werden.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung), sprach an, dass sie heute auch eine Information zur Situation im Bereich des ASD Mitte-Nord-Ost für den Jugendhilfeausschuss ausgelegt hat. Hier finden keine Hilfeplangespräche statt, weil Mitarbeiter nicht da sind, dies bringt auch wieder Verzögerungen in den Hilfeverläufen mit sich. Sie hat mehrfach im Ausschuss dazu informiert. Mit den laufenden Ausschreibungs- und Besetzungsverfahren sollen die Personalvakanz bis Ende April ausgeglichen werden.

Frau Schöps, Abteilungsleiterin FB Bildung, wertete dann die Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesstätten (Kita) 2012 anhand einer Präsentation aus. Hier gibt es im Hortbereich steigende Zahlen. Die Gesamtausgaben belaufen sich in dem Bereich für 2012 beim Eigenbetrieb Kita auf 23.991.500 Euro und bei den freien Trägern von Kitas auf 34.515.227 Euro.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales), sprach an, dass das ganzheitliche Angebot der Schule mit der Hortbetreuung gestärkt wird. Hort hat sich durchgesetzt im pädagogischen Bereich Schule ergänzend zu unterstützen.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, dankte Frau Schöps für deren Ausführungen.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung), sagte auf Nachfrage zu, dass die Präsentationen den Mitgliedern per Email wieder zur Verfügung gestellt werden.

**zu 9.2 Verwaltungsbericht des Geschäftsbereiches IV für das Jahr 2011
Vorlage: V/2013/11357**

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach an, dass der Verwaltungsbericht des Geschäftsbereiches IV für 2011 den Mitgliedern vorliegt und zur Kenntnis gegeben wird.

Anfrage Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), wann mit dem Bericht aus 2012 zu rechnen ist.

Antwort Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales), das zukünftig versucht wird, dies zeitnaher zu erstellen. Sein Geschäftsbereich gehört zu den wenigen Bereichen, die einen Verwaltungsbericht erstellen. Er hält es für wichtig, dass gesehen wird, was die Verwaltung leistet. Der Bericht von 2012 ist noch in der Abstimmung und wird dieses Jahr noch vorgelegt.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach an, dass sie erstaunt ist, wie wenig Halle ausgibt, im Gegensatz zu anderen Städten.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass auf S. 19 im Bericht der Vergleich der Ausgaben verschiedener Städte im Fördermittelbereich enthalten ist. Hier wird deutlich, dass Magdeburg 20 Euro/Einwohner ausgibt. Zur Fördersituation steht Einiges drin. Sie fragte an, welche Vorschläge es zum vereinfachenden Antragsverfahren für 2013 es durch die Verwaltung gibt?

Antwort Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung), dass dies im Unterausschuss Jugendhilfeplanung jetzt evaluiert wird. Die Verwaltung ist mit dem Verfahren auch nicht ganz zufrieden, da es zu aufwendig ist. Es wird versucht, ein vereinfachtes Antragsverfahren hinzubekommen. Es wird die Beantragung nach den einzelnen Leistungsbeschreibungen angeschaut und evtl. etwas geändert. Das wird Thema im Unterausschuss sein.

Beschluss:

Zur Kenntnis genommen

**zu 9.3 Mitteilung zum Beschluss der Jugendministerkonferenz zu Hilfen zur
Erziehung (HzE)**

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung), teilte mit, dass heute Material zum Beschluss der Jugend- und Familienkonferenz (JFMK) ausgelegt worden ist. Die Konferenz fand am 31.05./01.06.2012 in Hannover statt. Dies entstand auf Grund einer Initiative der Stadt Hamburg 2011 mit dem Ansatz Hilfen zur Erziehung (HzE) - Kostenfaktor in der BRD. Die Diskussion hierzu ist noch nicht beendet.

zu 10 Themenspeicher

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach an, dass der aktualisierte Themenspeicher den Mitgliedern vorliegt.

zu 11 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), ob es eine Liste gibt, in welcher alle freien Träger, die nach § 75 SGB VIII als freier Träger der Jugendhilfe anerkannt wurden, aufgeführt sind. Diese Liste möchte sie gern.

Die Verwaltung sagte dies zu.

Keine weiteren Anfragen.

zu 12 Anregungen

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., regte an, dass das Netzwerk Kita-Schule-Hort Süd mal in den Jugendhilfeausschuss eingeladen wird, um über seine Erfahrungen zu berichten. Dies sollte möglichst noch im I. Halbjahr erfolgen.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, unterstützte die Anregung von Frau Ute Haupt, evtl. wäre dies auch im Zusammenhang mit dem Bericht Schulsozialarbeit sinnvoll.

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach dazu an, dass es dieses Netzwerk im Süden gibt. Arbeitszusammenhänge gibt es in der gesamten Stadt, auch über Leistungen von Bildung und Teilhabe (BuT). Evtl. kann auch hier geschaut werden, welche Erfahrungen es generell gibt.

Anregung Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), das nach Proberäumen für junge Musiker geschaut werden sollte, da hier dringender Bedarf besteht.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., verwies in dem Zusammenhang auch auf die Rockstation Kultur e.V.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner FB Bildung, teilte dazu mit, dass diese Problematik nicht zur Klärung bei der Jugendhilfe zu suchen ist. Im Jugendhilfeausschuss wird sich auch Hühnermanhattan – Kultur e.V. wegen der Anerkennung nach § 75 SGB VIII demnächst vorstellen, bei denen es auch darum geht.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung) verwies darauf, dass dies in den Bereich Kultur gehört und in dem zuständigen Ausschuss angesprochen werden sollte.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., sprach an, dass es sich hierbei überwiegend um Jugendliche handelt und hier auch Unterstützung durch die Jugendhilfe gesehen wird.

Anregung Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung), regte an, dass sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung im Rahmen der Planung zu Hilfen zur Erziehung (HzE) mit der Thematik der Jugend- und Familienkonferenz beschäftigt, hier muss die gesamte Jugendhilfe anders betrachtet werden.

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), nahm als Vorsitzender des Unterausschusses Jugendhilfeplanung die Anregung auf.

Herr Petrick, Beratendes Mitglied (Kinder- und Jugendbeauftragter), regte an, dass in den Jugendhilfeausschuss mal Prof. Olk eingeladen wird, um zum 14. Kinder- und Jugendbericht seine Sichtweise darzulegen. Dies wäre für die strategische Umsetzung in der Stadt wichtig.

Die Verwaltung prüft die Anregung.

Anregung Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, in der nächsten Sitzung über den Stand zum Dienstleistungszentrum zu informieren.

Keine weiteren Anregungen.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, beendete den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.45 Uhr.

Tobias Kogge
Beigeordneter

Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
Protokollführer/in